

# Regenbogen/ Alternative Linke Liste 11

## Regenbogen sorgt für Datenschutz in Hessen

Am 06.07.2006 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration gegen Studiengebühren statt, zu der bundesweit mobilisiert wurde. Vom Opernplatz aus, wo die Abschlusskundgebung stattfand, bildete sich ein neuer Demonstrationzug, dem es gelang, im ohnehin zähen Feierabendverkehr die Stadtautobahn (A66) zu erreichen. Es dauerte nicht lange, bis die Polizei dort ebenfalls eintraf. Sie erklärte kurzerhand alle Personen, die sie auf der Fahrbahn oder deren Nähe angetroffen hat, für festgenommen, unter den über 200 Betroffenen befanden sich auch Mitglieder unserer Hochschulgruppe. Nach zum Teil stundenlangem Fahrt erreichten die Gefangenen schließlich das Polizeipräsidium Frankfurt. Dort wurden Ihnen die pauschalen Tatvorwürfe Nötigung, Landfriedensbruch und gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr vorgehalten; vor einer Entlassung hat die Polizei von den meisten nach stundenlangem Wartezeit noch Fotos und Fingerabdrücke genommen. Später wurden fast alle Verfahren mit der Begründung eingestellt, dass es für die genannten Tatvorwürfe nicht genüge, als Nachzügler (viele Teilnehmer des Demonstrationzuges hatten Schwierigkeiten dem hohen Tempo der Demospitze zu folgen!) die Fahrbahn betreten zu haben, wer dort zuerst war, ließ sich nicht mehr klären. Trotzdem hatte dieser Vorfall allerdings ganz erhebliche Datenspeicherungen zufolge: Die Fingerabdrücke und Fotos wurden an das BKA übermittelt, die Beschuldigten in der BKA-Datei „Kriminalak-

tennachweis“ mit den Hinweisen „Straftäter linksmotiviert“ und „gewalttätig“ bundesweit für alle Polizeidienststellen zugänglich erfasst.

Einem Mitglied Hochschulgruppe ist es gelungen, mit Hilfe seiner Rechtsanwältin im Mai 2008 die Löschung dieser Daten durchzusetzen<sup>1</sup>, die Anwaltskosten hat das Land Hessen übernommen. Der ebenfalls eingeschaltete Hessische Datenschutzbeauftragte konnte im Oktober dann vermelden, dass auch die Daten fast aller übrigen Betroffenen gelöscht wurden<sup>2</sup>. Auch der Innenausschuss des hessischen Landtags wollte sich mit der Sache befassen, dies konnte jedoch Innenminister Bouffier verhindern, indem er zuerst einen Bericht ankündigt und bei den folgenden Ausschusssitzungen auf Nachfragen der SPD immer wieder auf später vertröstete, schließlich hat sich das Thema mit der Selbstauflösung des hessischen Landtags nun vorerst erledigt.

### Aber ich lebe doch in Hamburg?

Auch in Hamburg nimmt es die Polizei mit Grundrechten nicht immer so genau; die GAL wird sich schon etwas gedacht haben, in den Koalitionsvertrag „Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist auch durch das Vorgehen der Polizei in der Praxis zu schützen.“ (Seite 55 oben) schreiben zu lassen. Mit der polizeilichen Praxis unter Schwarz-Grün scheint das wenig zu tun haben, wie an folgenden Beispielen

recht deutlich wird: Im Rahmen des Klima- und Antira-Camps gab es eine Kundgebung beim Flughafen. Die Polizei hatte im Vorfeld versucht sie zeitlich zu beschränken, war damit aber vor Gericht gescheitert. Kraft polizeilicher Machtvollkommenheit hat sie dann aber die Kundgebung trotz friedliches Verlaufs weit vor ihrem geplanten Ende einfach aufgelöst. Am 20. Dezember gab es in Hamburg eine Demonstration gegen staatliche Morde. Nachdem im Vorfeld mit dem Verbot gedroht und später Innensenator Ahlhaus sein Bedauern darüber geäußert hat, dass dem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit entgegensteht, wurde die Demo am Stephansplatz unter fadenscheinigen Gründen stundenlang am Weitergehen gehindert, auch die anwesende innenpolitische Sprecherin der GAL, Antje Möller, konnte die Polizei nicht von einem rechtmäßigen Verhalten überzeugen. Schade, dass sich nicht auch die LHG für Bürgerrechte interessiert und stattdessen lieber Studienausweise mit RFID-Schnüffelchips<sup>3</sup> einführen möchte um so rechten WählerInnen zu beeindrucken, da Stine politisch einfach verbrannt ist, ein neues Statussymbol zu geben. Wir bei Regenbogen/Alternative Linke lehnen das ab. An Aktivitäten gegen den zunehmenden Sicherheits- und Überwachungswahn beteiligen wir uns schon seit Jahren.

V.i.S.d.P.: Daniel Bassen, c/o Studierendenparlament, Von-Meile-Park 5, 20146 Hamburg

1. Ausführlicher auf Seite 3 der „Massenzeitung“ des Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit, die ihr als pdf unter [www.pm-buendnis.de](http://www.pm-buendnis.de) findet

2. Pressemitteilung des Hessischen Datenschutzbeauftragten vom 10/08, [www.datenschutz.hessen.de](http://www.datenschutz.hessen.de)

3. Siehe dazu die sehr empfehlenswerte Webseite des Bürgerrechtsvereins foebud e.V., [www.foebud.de](http://www.foebud.de)

**DAS ALLES... UND  
NOCH VIEL MEHR:**  
[allchangeplease.blogspot.de](http://allchangeplease.blogspot.de)  
[rebo-al@gmx.de](mailto:rebo-al@gmx.de)